

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 110

der Abgeordneten Isabell Hiekel (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drucksache 7/185

Umsetzung des Beschlusses zur wirksamen Bekämpfung der Ambrosia

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Im April 2019 beauftragte der Landtag die Landesregierung einen Verordnungsentwurf auf Grundlage des Ordnungsbehördengesetzes (§ 25 Abs. 1) zum Beginn der Blütezeit der Ambrosia vorzulegen (Drucksache 6/11016). Nach bisherigem Wissensstand liegt dieser Entwurf nicht vor. Kommunen in der Niederlausitz wiesen zur Zeit des Landtagsbeschlusses bereits darauf hin, dass allein die Verordnung nicht ausreichen würde, um die Ambrosia zu bekämpfen und die Kommunen vom Land mehr Unterstützung benötigen. In der Gemeinde Neuhausen / Spree im Landkreis Spree-Neiße trat am 09.09.2019 eine Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung in Kraft, welche festlegt Ambrosiapflanzen vor der Blüte zu bekämpfen und Flächeneigentümerinnen und Flächeneigentümer zur Entfernung der Pflanze verpflichtet.

1. Liegt der Verordnungsentwurf des Landes vor? Wenn ja, wo ist dieser öffentlich einsehbar? Wenn nein, wann wird der Verordnungsentwurf voraussichtlich vorliegen und was sind die Gründe für die Verzögerungen?

2. Beinhaltet der Verordnungsentwurf eine Melde- und Bekämpfungspflicht, wie es die Kommunen fordern? Wenn ja, welche Behörde wird diese durchsetzen und kontrollieren?

zu Fragen 1 und 2: Ein Verordnungsentwurf zur formellen Abstimmung innerhalb der Landesregierung zur Bekämpfung der Ambrosia liegt nicht vor. Es wurde ein Verordnungsentwurf erarbeitet, der den beteiligten Ressorts und den kommunalen Spitzenverbänden zur Stellungnahme vorgelegt wurde. In diesem Zuge erfolgte am 3. Juni 2019 auch eine Unterrichtung des Landtages gemäß Artikel 94 der Landesverfassung über diesen Entwurfsstand. Der Abstimmungsprozess zu der Frage, ob eine ordnungsbehördliche Verordnung auf Grundlage des Ordnungsbehördengesetzes zielführend ist, ist innerhalb der Landesregierung noch nicht abgeschlossen.

3. Die Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung in Neuhausen / Spree beinhaltet eine Ambrosia-Bekämpfungspflicht. Wie schätzt die Landesregierung die rechtliche Grundlage dieser Bekämpfungspflicht ein?

zu Frage 3: Ordnungsbehördliche Verordnungen sind die aufgrund der Ermächtigung in den §§ 25 und 26 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG) erlassenen Gebote und Verbote, die für eine unbestimmte Anzahl von Fällen an eine unbestimmte Anzahl von Personen gerichtet sind. Die örtlichen und die Kreisordnungsbehörden können zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung Verordnungen erlassen. Die Gemeinde Neuhausen/Spree als örtliche Ordnungsbehörde hat von dieser Ermächtigung offenbar Gebrauch gemacht.

4. Zu welchen Ergebnissen kam der für Mai 2019 geplante Erfahrungsaustausch der Städte und Gemeinden (Drucksache 6/11280)? Welche Konsequenzen hat die Landesregierung aus diesen Ergebnissen gezogen und welche Schritte sollen zukünftig seitens des Landes und der Kommunen unternommen werden?

zu Frage 4: Der Erfahrungsaustausch der Städte und Gemeinden im Hauptverbreitungsgebiet Niederlausitz vom 9. Mai 2019 wurde vom Ambrosiabeauftragten des Landes organisiert. Die Veranstaltung war der Auftakt eines regelmäßigen Austauschs. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen und Gemeinden gehört zu den Arbeitsschwerpunkten des Ambrosiabeauftragten. Zielstellung dieser Zusammenarbeit ist es, die Kommunen bei der Bekämpfung von Ambrosia zu unterstützen und in diesem Zusammenhang vor allem Lösungen für konkrete Probleme abzustimmen. Im Ergebnis der ersten Beratung haben die Kommunalvertreter gefordert, in die Erarbeitung der geplanten Landesverordnung einbezogen zu werden. Außerdem forderten sie, die Ambrosiabekämpfung auf kommunalen Flächen mit Landesmitteln außerhalb der Lottomittel finanziell zu unterstützen. Bei der Erarbeitung des Entwurfs der Bekämpfungsverordnung wurden Städte- und Gemeindebund und Landkreistag beteiligt. Am 1. Oktober 2019 fand eine weitere Veranstaltung statt, in der die Kommunalvertreter über Fördermöglichkeiten informiert wurden, so z. B. die Einbindung der Ambrosiabekämpfung in geeignete LEADER-geförderte Projekte.

5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um eine zentrale Anlaufstelle für die Bekämpfung von Ambrosia bei der Landesregierung abzusichern (Drucksache 6/11016-B)?

zu Frage 5: Am 1. Oktober 2018 hat der Ambrosiabeauftragte des Landes Brandenburg seine Arbeit aufgenommen. Er ist für die Koordinierung der Bekämpfungsmaßnahmen in den verschiedenen Bereichen zuständig und ist in diesem Zusammenhang Ansprechpartner der Kommunen. Die vorerst auf zwei Jahre befristete Personalstelle wird anteilig von den drei Ministerien Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV), Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) und Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) finanziert und ist beim Pflanzenschutzdienst des Landesamtes für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) angegliedert.

6. Welche finanziellen Mittel hat die Landesregierung in der Ambrosiasaison 2019 den Kommunen zur Bekämpfung in Aussicht gestellt bzw. bereits bereitgestellt? Bitte Stadt/Gemeinde, die Höhe der Finanzmittel und den entsprechenden Haushaltstitel angeben.

zu Frage 6: Im Jahr 2019 hat die Landesregierung Ambrosiabekämpfungsmaßnahmen der Städte Vetschau und Kolkwitz mit Zuwendungen aus Lottomitteln unterstützt. Die Stadt Vetschau erhielt 9.200 €, die Stadt Kolkwitz 9.648,45 €.